



Handlungsfähigkeit der Gemeinden kann und muss erhalten bleiben

Den Thüringer Kommunen könnten 200 Millionen Euro mehr zur Verfügung gestellt werden - ohne höhere Neuverschuldung

Die LINKE im Thüringer Landtag führt ihre Kampagne „Kommunen in Not“ bis zum Abschluss der Haushaltsberatungen für den Landesetat 2012 verstärkt fort, hatte Fraktionschef Bodo Ramelow bei der mit großem medialen Interesse aufgenommenen Pressekonferenz zu den Kommunalfinanzien erklärt. Er verwies auf den landesweiten Protesttag der Thüringer Kommunen am 8. November, mit dem diese auf ihre unzureichende Finanzausstattung erneut und nachdrücklich aufmerksam machen wollen. Dazu sollen alle kommunale Einrichtungen am 8. November geschlossen bleiben. Ausgenommen seien allein Kindertagesstätten, kündigte der Städte- und Gemeindebund an.

Größerer Wurf erforderlich

Nach intensiven Diskussionen in der Linksfraktion konnte Übereinstimmung darüber erzielt werden, dass mit den Änderungsanträgen zum Haushaltsplanentwurf aus Sicht der LINKEN den Thüringer Kommunen 200 Millionen Euro mehr zur Verfügung gestellt werden können – ohne höhere Neuverschuldung. Neben der Erhöhung der Finanzausstattung steht auch die Erweiterung der kommunalen Handlungsmöglichkeiten im Mittelpunkt des Konzepts der LINKEN.

Wichtiges Element ist ein Moratorium der Kreisumlage im Jahr 2012, das deren Höhe begrenzt. Die Mittel zur Kita-Finanzierung sollen künftig komplett im Haushalt des Kultusministeriums gebündelt werden. Für ihr Finanzkonzept hat die Linksfraktion 15 Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf 2012, dem Finanzausgleichsgesetz und dem Haushaltsbegleitgesetz vorgelegt.

Dabei wolle die Fraktion die Novembersteuerschätzung ebenso in ihre Überlegungen einbeziehen, wie die am

Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform in Thüringen sowie für eine Energiereform, von der nicht zuletzt die Kommunen profitieren könnten.

Dabei müsse das Land endlich vorgeben, wie regionale Kreisstrukturen in Thüringen künftig aussehen sollen,

zugewiesen bekämen. Der Abgeordnete kritisierte, dass der Finanzminister beabsichtige, die jetzigen Gemeindestrukturen in Thüringen zu zementieren. Dass finanzschwache Gemeinden mehr Geld bekommen sollen, bezeichnete er als falsches Signal. „Wir gehen



Auf großes Medieninteresse war die Pressekonferenz der Linksfraktion zu den „Kommunalfinanzien in Thüringen“ am 17. Oktober in Erfurt gestoßen. Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, stellte gemeinsam mit den Fachpolitikern Birgit Keller (haushaltspolitische Sprecherin), Frank Kuschel (kommunalpolitischer Sprecher) und Mike Huster (finanzpolitischer Sprecher, v.l.) die kommunal relevanten Änderungsanträge der Fraktion zum Haushaltsentwurf 2012 vor.

Foto: Stefan Wogawa

„ein etwas größerer Wurf wäre dringend erforderlich“. Im Übrigen habe der gerade diskutierte Thüringen-Monitor ergeben, dass in dieser Hinsicht „die Bürgerinnen und Bürger weiter sind als es diese Landesregierung ist“.

Die haushaltspolitische Sprecherin der Linksfraktion erläuterte im Pressgespräch Details aus dem Konzept, wonach die LINKE zunächst eine Erhöhung der allgemeinen Schlüsselmasse um 60 Millionen Euro vorsieht. Frank Kuschel, kommunalpolitischer

den umgekehrten, reduzieren den Ausgleichsbetrag auf 60 Prozent, erhöhen den Druck auf finanzschwache Gemeinden, geben finanzielle Anreize für Gemeindefusionen und wollen vor allem auch Impulse setzen zur Dynamisierung der längst überfälligen Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform in Thüringen“, so untermauerte Frank Kuschel.

Transparentes Verfahren

Der Abgeordnete erklärte weitere Vorschläge der Linksfraktion, zu denen ein Kreisumlage-Moratorium für 2012 ebenso gehört wie eine Gemeinde-Reichensteuer, die allerdings im Unterschied zu dem Vorhaben der Landesregierung ein gestaffeltes System vorsieht. Bedarfszuweisungen sollen nach Vorschlag der LINKEN künftig in einem transparenten Verfahren der Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags bedürfen und das Haushaltsrecht der Kommunen soll flexibilisiert werden, indem sie künftig ermächtigt würden, Haushalte aufzustellen mit einem Rahmen von bis zu vier Jahren.

KOMMENTIERT:

von Dieter Hausold

Landeskonversionsprogramm

Als wirtschaftspolitischer Sprecher und Geraer Landtagsabgeordneter der LINKEN habe ich eine Veranstaltung der Ostthüringer Kammern (IHK und Handwerkskammer) mit dem Pionierbataillon Gera scharf kritisiert. Anstatt über die Chancen zum zivilen Umbau von militärisch genutzten Liegenschaften und Rüstungsproduktion im Zuge der dringend notwendigen drastischen Verkleinerung der Bundeswehr im Interesse einer nachhaltigen Regionalentwicklung zu diskutieren, debattierten die Organisatoren lieber über grundgesetzwidrige Einsatzbereiche der Bundeswehr.

Unter dem Thema „Rohstoff- und Energiesicherheit“ sollte der Fregattenkapitän Günter Kramer in der Pionierkaserne Gera zum Thema „Die Sicherung der maritimen Handelswege Deutschlands und die Rolle der Bundeswehr“ referieren.

Damit wird mehr als deutlich, dass die Bundeswehr nicht nur zu einer international agierenden Interventionsarmee umgebaut werden, sondern auch noch weltweit zur Durchsetzung ökonomischer und geostrategischer Interessen der Bundesrepublik zum Einsatz kommen soll.

Der Missbrauch militärischer Gewalt zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen muss auf entschiedenen Widerstand stoßen. Aufgabe der Bundeswehr ist und muss die Landesverteidigung bleiben, die im Artikel 87a des Grundgesetzes abschließend verankert ist.

DIE LINKE hat sich immer wieder und deutlich gegen eine zivilmilitärische Zusammenarbeit und die damit verbundene Durchdringung des zivilen Raumes mit der militärischen Logik positioniert. Mit Blick auf die Bundeswehrstandortreform wird die Linksfraktion im Thüringer Landtag ein Landeskonversionsprogramm einfordern.

Thüringen braucht Konzepte, die den Ab- und Umbau der Bundeswehr als Chance für die Konversion im Sinne der friedlichen Umnutzung einstiger militärischer Liegenschaften verstehen. Dazu gehören auch der Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen im zivilen Bereich. Für einen solchen Prozess im Interesse hier lebender Menschen müssen notwendige Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Schutzschirm für Kommunen
www.die-linke-thl.de

dere Herangehen der LINKEN, die im Gegensatz zur Landesregierung auch in die Strukturen eingreifen will, damit die kommunale Handlungsfähigkeit gewährleistet werden kann. „Dabei bleiben wir uns treu mit dem, was wir bereits vorgelegt haben“, sagte der Fraktionsvorsitzende und erinnerte an die Konzepte der LINKEN für eine

Sprecher, verdeutlichte, wie der Reformstau für die Kommunen aufgelöst werden könnte. Allein die Herausnahme der Kita-Finanzierung aus dem Kommunalen Finanzausgleich bedeute eine erhebliche Entlastung für die Gemeinden in Thüringen, die dann das Geld für ihre Kinderbetreuung direkt vom Ministerium und in voller Höhe